

chenkritik zugesteht bzw. ob der katholische Leser von seiner katholischen Zeitung eher Rechtfertigung der Kirche als Kritik, eher Harmonisierung als Klärung der Konflikte erwartet.

Daß die Erwartungshaltung unter der Leserschaft einer katholischen Tageszeitung in der Tat zu finden ist, hat Alois Hartmann, Chefredakteur des Luzerner „Vaterland“, deutlich gemacht. (Das „Vaterland“ ist die größte deutsch-schweizerische CVP- bzw. katholische Zeitung, sie hat ein Ressort „Kirchen“ mit einem eigenen Redakteur und besorgt die Redaktion der von dreizehn weiteren Tageszeitungen übernommenen und von der Vereinigung der Verleger katholischer Zeitungen der Schweiz herausgegebenen Wochenendbeilagen.) Anhand des Falles Küng veranschaulichte Hartmann die Erwartungshaltungen von Lesern und die Möglichkeiten der Redaktion namentlich durch die Korrektur und Begleitung der Leserdiskussion.

Aus Reaktionen auf die Veröffentlichung der umstrittenen Bilanz von Küng zum ersten Jahrestag des Pontifikats Johannes Pauls II. ging hervor, daß manche Leser, nicht zuletzt Priester, solche Publikationen grundsätzlich der nichtkatholischen Presse überlassen möchten, die katholische Presse demnach von Beiträgen, die zu mehr oder weniger heftigen Diskussionen Anlaß geben könnten oder müßten, frei halten möchten. Mit Recht machen die Redakteure auf das Dilemma aufmerksam: Entweder wird eine offene Informationspolitik verfolgt, dann verliert man Leser, die eine „katholische“ Haltung erwarten, oder es wird eine enge Informationspolitik verfolgt, und dann müssen jene Katholiken, die zu einem Thema möglichst viele und auch kontroverse Meinungen kennenlernen wollen, auf eine nichtkatholische Zeitung ausweichen. In der Aussprache wurde aber auch deutlich, daß das Dilemma etwas entschärft werden könnte, wenn Redaktionen den Leser bei Konflikten durch Zusammenfassungen der Diskussion, Kommentare und ähnliches so begleiten würde, daß er sich nicht verloren und orientierungslos vorkommt.

Ein besonderes Orientierungsproblem stellen dabei jene Beiträge dar, die Fragen und Probleme des Glaubens, der Gesellschaft und der Lebensgestaltung aus religiöser bzw. kirchlicher Sicht darstellen und bei denen die Kirche nicht mehr Objekt, sondern eher Subjekt der journalistischen Arbeit ist. Hier stehen weniger für die Tageszeitungen als vielmehr für die Pfarrblätter Probleme an, die bisher bloß fallweise gelöst wurden. So brachte beispielsweise vor kurzem im Basler Pfarrblatt Otto Wüst, Weihbischof von Basel, eine von ihm als notwendig erachtete Ergänzung bzw. Korrektur einer Ar-

tikelreihe von Prof. Dietrich Wiederkehr zum Fragenkreis Lehramt und Theologie nicht in Form einer amtlichen Intervention, sondern in Form eines Artikels an, dessen Gedanken dann von Prof. Wiederkehr aufgenommen werden konnten, so daß ein wirklich weiterführendes Gespräch zustande kam. Daß eine Konfliktlösung, die im Grunde genommen bloß den Anspruch auch der katholischen und kirchlichen Medien, „Instrumente der sozialen Kommunikation“ zu sein, rechtfertigt, noch immer auffällt, ist dabei mehr als beunruhigend.

R. W.-Sp.

DDR: Doppelter Luther

Am 10. November 1983 jährt sich der 500. Geburtstag Martin Luthers. Schon jetzt beginnen in der DDR vielfältige konzertierte Vorbereitungen staatlicher und kirchlicher Stellen für die Gestaltung eines Martin-Luther-Jahres. Am 13. Juni 1980 konstituierte sich ein staatliches Martin-Luther-Komitee. Unter dem Vorsitz von Erich Honecker gehören ihm 5 weitere Mitglieder des SED-Politbüros sowie andere führende Persönlichkeiten der DDR aus Politik, Wissenschaft und Kultur an. Am Tag nach der Konstituierung widmete das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ seine ersten fünf großformatigen Seiten nahezu ausschließlich Martin Luther. In dieser Breite wurde noch nie der Startschuß zu einem der in der DDR nicht seltenen Gedenkjahre gegeben. Weder der Vorbereitung des Goethe-, Beethoven- noch des Bach-Jahres schenkte man schon in der Gründungsphase so viel Aufmerksamkeit.

Aber nicht nur das! Folgt man der Rede Honeckers auf der Festveranstaltung zur Gründung des Luther-Komitees im Gebäude des Staatsrates, dann hat die SED-Führung der Bewertung von Martin Luther aus Gründen politischer Opportunität eine Schwenkung von mehr als 120 Grad vollzogen. Während bislang nur Luthers Bibelübersetzung als bedeutende historische Tat gewürdigt und Luther sonst als „Verräter aufständischer

Bauern“ und als „Fürstenknecht“ hingestellt wurde, stufte ihn Honecker nun plötzlich als einen der größten Söhne des deutschen Volkes und als einen der bedeutendsten Humanisten ein. Die von Martin Luther initiierte Reformation wird nun als Vorstufe der bürgerlichen Revolution in Deutschland und somit als gesellschaftlicher Fortschritt herausgestellt. Luther wird so zum Ideologen der frühbürgerlichen Revolution in Deutschland umstilisiert und damit in die kontinuierliche Traditionslinie zum ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat eingereiht.

Kritik an Luther als geschichtlicher Gestalt wurde nur noch in Nebensätzen deutlich, so z. B. wenn Honecker davon sprach, „Luthers Tragik“ habe darin bestanden, „daß er in den Widerspruch geriet zwischen seiner Rolle als Initiator einer großen revolutionären Bewegung und seinem Unvermögen, deren gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit zu erkennen“.

Man fragt unwillkürlich nach den Motiven dieser Schwenkung. Sicher spielt dabei nicht nur Kirchenpolitik eine Rolle. Offenkundig soll für die SED die Planung und Durchführung dieses Gedenkjahres politische und ideologische Akzente setzen: für die SED, für die DDR-Bevölkerung, für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland. Wenn die Führung der DDR und der SED jetzt mit Intensität und

unter Inkaufnahme wenigstens einer gewissen Aufwertung der evangelischen Kirche und einer begrenzten öffentlichen Kooperation mit ihr eine Neubewertung des Reformators vornimmt, dann scheinen dafür vor allem zwei Gründe maßgebend zu sein.

Der erste Grund ist zweifellos: die SED-Führung will die evangelische Kirche durch Umarmungstaktik als innenpolitisch stabilisierender Faktor nutzen und darüber hinaus eventuell gesamtdeutsche bzw. außenpolitische Wirkungen erzielen. Die SED-Führung scheint darauf zu setzen, daß sich die Führung der evangelischen Kirche in der DDR in ihren Kontakten zur EKD und zum Ausland „friedenspolitisch“ engagiert. Von der realen Möglichkeit einer Vereinnahmung der evangelischen Kirche wird man dennoch begrenzt sprechen können. Zwar mag dies in der Absicht der SED-Politiker liegen, doch zum Vereinnahmen gehören immer zwei. Wenn bei der Vorbereitung des Martin-Luther-Jahres eine Aufwertung der evangelischen Kirche in der DDR kaum zu vermeiden sein wird und die Behörden konstruktive Zusammenarbeit mit kirchlichen Stellen pflegen müssen, so kann man sie dabei nicht ohne weiteres gleichschalten. Schließlich wurde das Eigenprofil kirchlicher Luther-Feiern im Staatsrat in aller Öffentlichkeit anerkannt, und angesichts vieler geladener Gäste wird man sich auch kaum blamieren wollen.

In diesem Zusammenhang war das, was Landesbischof *Werner Leicht* (Thüringen) bei gleichem Anlaß an die Adresse der Staats- und der SED-Führung gesagt hat, nicht weniger interessant, als was Honecker zur Neubewertung Luthers sagte. Bischof Leicht würdigte vor allem den *religiösen* Luther, der allein auf Gott angewiesen gelebt, allein aus Gottes Gnade und zu seiner Ehre gehandelt habe, und teilte das Programm der kirchlichen Lutherfeiern mit. Politisch besonders beachtenswert war aber, daß Bischof Leicht in seinem Referat an Luthers freimütigen Widerspruch gegen Kaiser und Fürsten sowie seine Abgrenzung von gesellschaftlichen Entwicklungen erinnerte. Gewissermaßen als aktuelles

kirchliches Programm teilte er der versammelten DDR-Prominenz mit: „Wir stehen mit dem Reformator in innerer Übereinstimmung, wenn wir offen aussprechen, was nach unserer Ansicht als Fehlentscheidung zu werten ist.“

Zugleich aber rief Leicht Luther zum Kronzeugen kirchlicher Gesprächsbereitschaft an: Luther sei nie für Einengung, sondern für Öffnung eingetreten. Und: die evangelische Kirche suche im Geiste Luthers das Gespräch mit den Andersdenkenden. Nach Leicht hat aber auch nie ein Zweifel darüber bestanden, „daß das Interesse und die Verpflichtungen unserer Kirchen gegenüber Luther auf einer anderen Ebene liegen und daß das kirchliche Lutherkomitee einen eigenen Weg gehen und Martin Luther vor allem als Reformator der Kirche, den Diener Gottes und Prediger der Frohen Botschaft von Jesus Christus sehen wird. Daß dies nebeneinander, in gegenseitiger Achtung des je eigenen Ansatzes des Partners möglich ist und daß zugleich nicht nur wechselseitige Information, sondern auch sachbezogene Zusammenarbeit geschieht, ist aus der Sicht unserer Kirchen besonders zu vermerken... Wir wünschen uns, daß die Kirchen in unserem Staat inmitten ihrer eigenen Lebensmöglichkeiten erfahren, was durch das Luther-Komitee in der DDR in der Leitungsebene angezeigt wird. Sie sind gleichberechtigte und gleichgeachtete Bürger unseres Staates.“

Der zweite Grund für die jetzt vorgenommene Auswertung Luthers dürfte sein, daß die SED-Führung das Vertrauen auf die alleinige Integrationskraft der sozialistischen Ideologie für die DDR-Bevölkerung verloren hat. Durch betonte Pflege wertvoller Traditionselemente (so z. B. des Preußentums) bzw. der Würdigung großer Ereignisse oder Persönlichkeiten der Geschichte soll die DDR als der traditionsbewußtere deutsche Staat erscheinen, in dem die besten Traditionen und Tugenden der deutschen Geschichte bzw. des deutschen Volkes nicht nur gepflegt, sondern auch „schöpferisch“ weiterentwickelt werden. Vielleicht gehört es auch in diesen Zusammenhang, daß das „Neue

Deutschland“ in einer ausführlichen Dokumentation nicht nur die Gedanken Honeckers wiedergegeben, sondern auch Leichts Ausführungen abgedruckt hat.

Es ist indessen ein offenes Geheimnis, daß die *katholische Kirche* in der DDR das sich anbahnende Arrangement zwischen der DDR-Führung und der evangelischen Kirche mit Skepsis verfolgt. Die notwendige kontinuierliche Zusammenarbeit staatlicher und kirchlicher Stellen zur Vorbereitung des Martin-Luther-Jahres kann dazu führen, kirchenpolitische Meinungsverschiedenheiten zwischen katholischer und evangelischer Kirche in der DDR – vor allem in der Frage des Engagements in der sozialistischen Gesellschaft – zu vergrößern und zu vertiefen. Für die katholische Kirche in der DDR kann es dabei schwerer werden, ihren bisherigen Kurs – weder für noch gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR sein zu wollen, sondern einfach pastoral – zu halten. Während sich zwischen Staat und evangelischer Kirche Elemente einer Kooperation bei begrenzter Eigenständigkeit entwickeln, gibt es zwischen Staat und katholischer Kirche nur ein distanziert-korrektes Verhältnis. Katholischerseits ist man bemüht, sich jedem Ansatz eines „Umarmungsversuchs“ zu entziehen.

Noch gibt es keine Anzeichen dafür, daß die DDR-Kirchenpolitik beide Kirchen gezielt gegeneinander ausspielt und dabei die katholische benachteiligt. Dies könnte sich vielleicht eines Tages ändern. Aus globalpolitischen Erwägungen dürften aber weder die Sowjetunion noch die anderen kommunistischen Staaten Europas in absehbarer Zeit an einem Konfrontationskurs gegenüber der katholischen Kirche interessiert sein.

Ganz risikolos wird die jetzt demonstrierte Öffnung auch für die SED nicht sein. Manche Parteimitglieder werden Schwierigkeiten bekommen, einen so rasch herbeigeführten Bewertungswechsel widerspruchlos mitzuvollziehen. Schließlich wurde *ihnen* ein ganz anderes Lutherbild parteioffiziell vermittelt. Auch die Schwenkung zu Elementen eines stärker partnerschaftlichen Verhältnisses zur

evangelischen Kirche dürfte manchem SED-Funktionär Schwierigkeiten bereiten. Die atheistische Propaganda wird weiter gedämpft werden müssen, und: wenn man halbwegs glaubwürdig bleiben will, wird man auch von anderen kirchlichen Führungspersonen

und der Kirche selbst ein differenzierteres Bild zeichnen müssen. Man kann schlecht die Kirche als Hort der Reaktion diffamieren, wenn man den Reformator Luther als einen der größten Söhne des deutschen Volkes und Humanisten feiert.

H. P.

ČSSR: Verhärtung oder Einlenken?

Der Vorhang vor der kirchenpolitischen Bühne in der ČSSR ist gefallen; jetzt erwartet, erhofft, befürchtet man eine neue Szenerie nach den im Januar in der römischen Kurie geführten Gesprächen einer Prager Regierungsdelegation. Niemand weiß, ob sie kommt, wie sie aussehen wird, andere – auch Kardinal Tomášek von Prag – sprechen offen von einem Fiasko. In der Kurie müssen jedoch bestimmte Hoffnungen vorherrschend gewesen sein, daß bei den letzten Gesprächen doch ein Schritt vorwärts gemacht wurde, der auch die Bestätigung durch die Parteiführung erhalten werde. Der Presseerklärung zufolge waren die Gespräche sehr offen und wirklichkeitsnah geführt worden. Die in Rom gehegten Erwartungen haben sich jedoch, bis jetzt wenigstens, nicht erfüllt. Und der für Kirchenfragen im Ministerrat in Prag zuständige Minister *Lúčan* äußerte auf dem Kongreß der Priestervereinigung „Pacem in terris“ (5. bis 8. Februar) in lässiger Weise: es sei kein Unglück, wenn im Januar noch keine konkreten Ergebnisse erreicht worden seien, weil das beiderseitige Verständnis eben noch Zeit und Geduld benötige. Mit dieser Erklärung und der Ankündigung weiterer Verhandlungen bleibt ungeklärt, warum diese Suche nach „Verständnis“ bereits mehr als 15 Jahre andauert und dennoch erfolglos geblieben ist. Ansonsten schien nach der *Polizeiaktion* im vergangenen September innerhalb des staatskirchlichen Geschehens Ruhe eingetreten zu sein (vgl. HK, Januar 1980, S. 13 ff.), jedenfalls kam es zu keinen weiteren Maßnahmen in derselben Richtung; fast alle damals Verhafteten sind wieder auf freiem Fuß, die „Ermittlungen“ gehen jedoch weiter. Einer der Betroffenen, der Pra-

ger Theologe *Josef Zvěřina*, verteidigte in einer sehr mutigen schriftlichen Eingabe seine Handlungsweise.

Auf der Sitzung des Erweiterten Plenums des ZK der KPČ am 25. und 26. März war aus dem Munde von Minister *Lúčan* ein wohl noch nie an dieser Stelle ausgesprochenes Lob der im Lande tätigen Kirchen zu hören. *Lúčan* zollte deren Friedensarbeit besondere Anerkennung. Es drängte sich dabei freilich die Frage auf, ob der Minister nicht ausschließlich die im Sinne der Parteiführung geleistete „Friedensarbeit“ gemeint hat, wie sie in allen Kirchen des Landes von einzelnen Gruppen von Geistlichen im Sinne der Parteideologie vertreten wird. Auf der damaligen Sitzung des ZK hielt der Chefideologe *Bilák*, das Haupt des am meisten moskauhörigen Flügels im ZK der KPČ, das Hauptreferat, das vor allem ideologischen Problemen gewidmet war, dann aber sehr stark auch wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund rückte. Die Betonung der ideologischen Arbeit im Sinne der „Erkenntnisse aus den Krisenjahren 1968/69“ wird angesichts der Ankündigung gewisser Lockerungen im starren und zentral gelenkten Wirtschaftssystem ab Beginn des nächsten Jahres besonders verständlich. In der an das Referat von *Bilák* anschließenden Diskussion trug *Lúčan* sein Lob über die Friedensarbeit der Kirchen vor. Bedenkt man, daß solche „spontanen Diskussionsbeiträge“ von einer rigorosen Taktik ferngesteuert sind, so müßte einem auffallen, daß das Parteiblatt „*Rudé právo*“ wie von allen anderen Diskussionsbeiträgen auch von den Ausführungen des Ministers für Kirchenangelegenheiten ein kurzes Résumé brachte (26. 3.), daß aber, als in der nächsten Nummer der volle

Wortlaut der Reden veröffentlicht wurde, der von Minister *Lúčan* nicht dabei war. Auch das Organ der „Volkspartei“ brachte kein Wort darüber und – das Verwunderlichste – selbst führende Mitglieder der Friedenspriesterbewegung zeigten sich darüber nicht informiert.

Noch ist unbekannt, auf welches taktische Ziel Minister *Lúčan* hingearbeitet hat. Denkbar ist, daß damit die Funktionärskader unterhalb der obersten Parteiführung auf einen *bevorstehenden Kompromiß* mit der katholischen Kirche vorbereitet werden sollten, um angesichts der weitergehenden Atheismus-Propaganda durch eine überraschende Öffnung der Parteispitze zur Kirche hin nicht verwirrt zu werden. Wenn diese Interpretation richtig ist, wäre für den Herbst doch noch eine „Vereinbarung“ zwischen Staat und Kirche zu erwarten. Die neue Öffnung wäre dann zugleich näher an „Madrid“ und damit optisch stärker wirksam, falls es infolge der gegenwärtigen internationalen Konstellation zur zweiten Nachfolgekonzferenz zur KSZE-Konferenz von Helsinki überhaupt noch kommt. In die gleiche Richtung weist auch das auffällige Bemühen eines tschechoslowakischen Diplomaten, die im „*Rudé právo*“ nur ganz kurz erwähnte Aussage *Lúčans*, westlichen Gesprächspartnern gegenüber breiter darzustellen und inhaltlich mit dem Hinweis zu ergänzen: auch innerhalb der Kirchen hätten in den letzten Jahren sich manche Veränderungen ergeben, die auch auf die konkrete Kirchenpolitik des kommunistischen Staates sich auswirken müßten.

Zu registrieren ist in dem Zusammenhang auch noch ein anderer, auf seine Weise überraschender Vorgang: das aufsehenerregende Interview von Kardinal Tomášek, das in der italienischen katholischen Zeitschrift „*il regno*“ (15. 4. 80) veröffentlicht worden ist. Tomášek selbst nannte es später nur ein „Gespräch“. In einer überraschend offenen Weise äußerte sich der einundachtzigjährige Erzbischof von Prag darin zu einigen brennenden Problemen in der Kirche seines Landes. Er verwies auf die zehn unbesetzten Bistümer, auf die seit vielen Jahren